

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Insertionspreise: Die Tagespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Seite 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Noten zur Entwaffnungsfrage

Die Entente fordert die Stilllegung der Munitionsfabriken.

Berlin, 27. Juni. Nach Meldungen aus Paris bereitet die Entente eine Note an Deutschland vor, in der die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, die noch arbeitenden Munitions-, Sprengstoff- und Waffenfabriken bis zum 15. August stillzulegen. Von diesen Fabriken sollen nur zwei für den Bedarf der Reichswehr weiterarbeiten dürfen. Die Note verlangt von der deutschen Regierung gleichzeitig, daß sie für die Stilllegung der Fabriken bis zum festgesetzten Termin bestimmte Garantien übernimmt.

Deutschland verlangt Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone.

Paris, 26. Juni. (Havas.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Mayer, überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz am Freitag nachmittag eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt wurde. Es wird darin erklärt, daß es Deutschland unmöglich sei, diese Zone bis zum 10. Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten der Alliierten, die am Donnerstag dem deutschen Geschäftsträger überreicht wurden.

Paris, 26. Juni. Aus Anlaß der Übermittlung der neuen deutschen Note meint das Journal, dieser Zwischenfall sei ein neues Beispiel der von Berlin verfolgten Obstruktionstaktik, was die Auslieferung des Friedensvertrags, insbesondere der Entwaffnungsmaßnahmen betrefft. Die Deutschen hätten um eine Fristverlängerung, da sie die Entwaffnung nicht durchführen könnten. Dabei hätten sie noch über zwei Wochen Zeit bis zum letzten Termin. Der einzig glaubwürdige Grund für diese Note sei der hartnäckige Widerstand Deutschlands gegenüber allen Entwaffnungsversuchen. Die in Boulogne vorbereiteten neuen Noten kämen gerade zur rechten Zeit an, um dem Kabinett Fehrenbach zu verstehen zu geben, daß die Geduld erschöpft sei.

Zusammentritt des neuen Kabinetts.

Berlin, 26. Juni. Heute nachmittag 4 Uhr fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Zunächst leisteten der Reichskanzler und die neu in die Regierung eingetretenen Minister den Eid auf die Verfassung. Darauf wurde unverzüglich in die Erörterung des neuen Programms der Regierung eingetreten, über das völlige Übereinstimmung erzielt wurde.

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Regierungsprogramm ist gestern in der Kabinettsitzung fertiggestellt. Der Reichskanzler Fehrenbach wird heute um 11 Uhr im Reichstag die Programmklärung, in der das Kabinett seine Ziele entwickelt wird, abgeben. In der zweiten, heute stattfindenden Sitzung beginnt dann die große politische Aussprache. Er werden heute nur die Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien sprechen. Der Dienstag bleibt als katholischer Feiertag Sitzungsfreier. Am Mittwoch kommen dann die übrigen Parteien zu Worte. Die Vertagung des Reichstages soll nach Möglichkeit bereits am Donnerstag stattfinden. Die Unsicherheit der Regierung ist so groß, daß sie nach Möglichkeit eine Einberufung des Reichstages vor der Herbstsession zu vermeiden suchen wird.

Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Juni. Der Reichspräsident hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.

Neue Lebensmittelunruhen.

Magdeburg, 26. Juni. Hier kam es heute vormittag auf dem Alten Markt zu schweren Ausschreitungen der über die hohen Obst- und Gemüsepreise erregten Volksmenge. Obst und Gemüse wurde auf die Straße geschüttet und man verfolgte die Verkäufer, die in nahegelegene Häuser flüchteten. Die Polizei war der vielhundertköpfigen Menge gegenüber machtlos. Schließlich wurden einige Schreckschüsse abgegeben und der Markt wurde geräumt, worauf dann wieder Beruhigung eintrat.

Bremen, 26. Juni. In den frühen Morgenstunden begannen auf den Märkten der drei Unterweserküste die Bremer Hanen, Geest emünde und Lehe Lebensmittelunruhen. Die Menge bemächtigte sich der Verkaufsstellen und verkaufte die

Waren mit 100—200 Prozent Verlust. Es bildeten sich dann Trupps von Frauen aus dem Arbeiter und Mittelstand, welche die Lebensmittelgeschäfte in den Hauptstraßen kürzten. Die Unruhen hielten mittags noch an.

Duisburg, 26. Juni. Auf dem hiesigen Gemüse- und Obstmarkt erzwang eine große Menschenmenge die Herabsetzung aller Preise für Obst und Gemüse. Die Händler mußten Äpfeln für 2 M. das Pfund verkaufen, Gurken für 1 M., alle andern Preise wurden annähernd um die Hälfte herabgesetzt. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Hamburg, 26. Juni. Auch in Hamburg ist es zu Lebensmittelunruhen gekommen. Trupps von Menschen durchzogen die innere Stadt und schrieben in den Lebensmittel- und Grünwarengeschäften die Preise vor. Nachmittags rotteten sich Pöbelhaufen zusammen, kürzten die Frucht- und Gemüsegeschäfte und raubten eine große Anzahl von Schuhwarenläden in den verschiedenen Stadtteilen aus. In Altona wurde das Kaufhaus Naat u. Co. vollkommen ausgeplündert. Die Sicherheitswache greift überall ein. In Altona wurden zwei Leute aus der Menge erschossen. Es wurde auch eine größere Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

Ausnahmezustand über Hamburg.

Hamburg, 28. Juni. Gestern in den Abendstunden wurde, nachdem am Vormittag die wildesten Gerüchte über neue, besonders für heute — Montag — beabsichtigte Unruhen die Stadt erfüllt hatten, der Ausnahmezustand erklärt. Durch öffentlichen Anschlag wurde bekanntgegeben, daß zum Schutz des Eigentums der Bevölkerung und zur Sicherstellung der Lebensmittelfuhr die öffentliche Gewalt in die Hand des Polizeiherrn Senators Henke übergegangen sei, der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt worden ist. Plünderer sollen nach der Verordnung händlich erschossen werden. Der Anschlag versetzte keine Wirkung; sowohl in der inneren Stadt als auch in den Vororten, in denen der Pöbel am Abend zuvor besonders gehaust hatte, herrschte vollkommene Ruhe.

„Wiederherstellung der Ordnung“ in Württemberg

Stuttgart, 26. Juni. In Heidenheim, wo seit der Tenebrungsendgebung am letzten Dienstag ungesicherte Zustände herrschten, rückten heute früh Abteilungen der Polizeiwehr und der Reservewehr ein und besetzten die Stadt. Die „Hauptredaktionsleiter“ des Aktionsausschusses, der von der Arbeiterschaft zur Kontrolle der amtlichen Stellen eingesetzt war, wurde in Haft genommen. Ueber die Stadt ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Auslieferung der nach Auffassung der Einwohnerwehr an einen Teil der Arbeiterschaft verteilten Waffen wurde bis heute mittag 12 Uhr verlangt. Die Arbeiterschaft streikt seit Mittwoch.

Englands und Amerikas Friedensbedingungen.

Paris, 26. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Abgeordneter Tardieu, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 England und Amerika als Friedensbedingungen für Deutschland gefordert hätten: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; keine interalliierte Besetzung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 18 Monaten; die Kohlengruben im Saarbecken sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen, auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40 Prozent aller Schäden an Menschen und an Gütern zahlen; nach 30 Jahren sollte es frei von allen Lasten sein, außerdem sollte ihm die Berechtigung zugestanden werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen; Deutschland sollte frei darüber beschließen können, ob es sich mit Frankreich vereinigen wolle. Das alles habe Clemenceau verhindert.

Untergang eines Gefangenentransportdampfers.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger meldet aus Ropshagen: Einem Telegramm aus Gellingsdorf zufolge wird aus Petersburg gemeldet, daß an der Mündung der Neva ein bolschewistischer Dampfer von 8000 T. gesunken ist. An Bord befanden sich 2000 militärische und nichtmilitärische Kriegsgefangene deutscher, österreichischer und englischer Nationalität, die sämtlich ertrunken sind.

Die Leiche des Genossen Schottländer gefunden.

Die Leiche des während der Rappage im März von den Schmettow-Truppen in Breslau gemordeten Redakteurs der Schlesischen Arbeiterzeitung Genossen Schottländer war seit dieser Zeit verschwunden. Am 23. Juni hat die Ober die Leiche aus Land gespült. Schottländer war erst 25 Jahre alt. Seine ganze Persönlichkeit widmete er dem Bestreben des Proletariats und fiel als Opfer seiner lautereren Überzeugung. Seine Mörder laufen — wie in Deutschland nicht anders zu denken — frei herum.

Ein gesegnetes Jahr.

E. P. Aus dem Ozean von Blut und Tränen, in den der Weltkrieg die Menschheit getrieben hat, quillt unendlicher Segen für den Kapitalismus. Während das Proletariat sich unter den Nachwirkungen des Völkergemechels in Qual und Pein windet, steigen die Gewinne der besitzenden Klasse ins Unermessliche. „Sie häufen Reichtum, während die Allgemeinheit Not leidet und verarmt“, so hieß es schon in einem Flugblatt, das von den oppositiven Gruppen der Sozialdemokratie schon im ersten Kriegsjahre verbreitet wurde. Damals wurde diese Voraussage von der Mehrheit der Bevölkerung nicht beachtet; sie ist Wort für Wort eingetroffen, ja, noch mehr, die schlimmsten Befürchtungen über die Folgen des Weltkrieges sind von der Wirklichkeit noch überholt worden. Was der Krieg noch übrig ließ, das hat die Nachkriegszeit vollendet.

Die Veröffentlichungen der Jahresabschlüsse der großen Industrie- und Handelsunternehmungen haben gezeigt, daß das Jahr 1919 eine Profitalle über das Kapital ausgeschüttet hat, wie die Bourgeoisie es sich in den Tagen des militärischen und politischen Zusammenbruchs nicht hätte träumen lassen. Diesen glänzenden Berichten sind vor kurzem die Veröffentlichungen der Bilanzen der deutschen Großbanken gefolgt. Sie runden das Bild ab, sie ergänzen es noch durch den Nachweis, daß die Konzentration des Kapitals in Deutschland sich außerordentlich schnell entwickelt, sie zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsleben heute schon zum größten Teile von dem in diesen Banken vereinigten Kapital beherrscht wird. In der Spitze von ihnen steht die Deutsche Bank, ihr folgen die Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank, die Darmstädter Bank, die Nationalbank für Deutschland, die Berliner Handelsgesellschaft, die Commerz- und Diskontobank und schließlich die Mitteldeutsche Kreditbank. Während für das Jahr 1918 fünf von diesen Banken die Dividenden herabsetzen und nur drei sie auf der gleichen Höhe halten konnten, sind die Gewinne sämtlicher Banken im vergangenen Jahre durchweg erheblich in die Höhe gegangen, so daß die Dividenden trotz der außerordentlich gestiegenen Aufkosten und der starken Rückstellungen beträchtlich erhöht werden konnten. Was das Wesentliche bei diesen Banken ist und wodurch sie sich die beherrschende Stellung im deutschen Wirtschaftsleben erobern konnten, das ist die Tatsache, daß sie nur zum kleinen Teil mit eigenem Kapital arbeiten; in der Hauptsache sind es die ihnen anvertrauten fremden Gelder, die ihr Betriebskapital bilden. Diese fremden Gelder betragen Ende 1915 6,9 Milliarden, Ende 1916 9,4 Milliarden, Ende 1917 15,2 Milliarden, Ende 1918 19,7 Milliarden und stiegen schließlich Ende 1919 auf 39,130 Milliarden Mark. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in diesen Summen nicht allein die wirkliche Steigerung des Geldverkehrs, sondern zum erheblichen Teile auch die Aufblähung der deutschen Geldzeichen zum Ausdruck kommt, so bleibt doch die Tatsache von der beherrschenden Stellung dieser acht Banken im deutschen Geld- und Wirtschaftsverkehr übrig.

Das eigene Kapital betrug Ende 1919 bei der Deutschen Bank 275 Millionen, bei der Diskontogesellschaft 310 Millionen, bei der Dresdner Bank 260 Millionen, bei der Darmstädter Bank 160 Millionen, bei der Berliner Handelsgesellschaft 110 Millionen, bei der Commerz- und Diskontobank 110 Millionen, bei der Nationalbank 90 Millionen, bei der Mitteldeutschen Kreditbank 60 Millionen Mark, insgesamt also 1350 Millionen Mark. Das fremde Kapital, mit dem diese Banken gearbeitet haben, ist also 20mal so hoch wie das eigene. Ohne den Vortrag aus dem Jahre vorher haben die Banken im vorigen Jahre 690 Millionen Bruttogewinn erzielt. Nach sehr erheblichen Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von etwa 240 Millionen Mark. Das ist der Gewinn, der offiziell angegeben wird. In Wirklichkeit ist er viel höher, denn Reservensummen sind hinter Buchungen versteckt worden, die sich bei der öffentlichen Finanzausstellung nicht herausfinden lassen. Selbst der Frankfurter Zeitung, dem führenden deutschen Handelsblatt, erscheinen die Gewinne der Banken heingänglich sowohl nach der privatwirtschaftlichen als auch nach der volkswirtschaftlichen Seite. Sie schreibt darüber:

„Denn den Gewinnen haftete ein recht bitterer Nachgeschmack an: der Löwenanteil ist nicht wie einst ein Tribut produktiver Arbeit; in weitgehendem Maße sind die Dividenden dieses Mal als Früchte einer Scheinsonjunktur, als Aussonderungen aus einem kranken Körper zu charakterisieren. Man nehme die Zinsgewinne: sie sind die Vermittlungsgelühren zwischen dem Schöpfer und dem Ruhknieher der Inflation. Man nehme die Provisionen: sie sind die Maklerportale für eine in Ursache und Wirkung gleichbedeutliche Spetula-